



Professor Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Rentenzugang ist ein komplexes Thema

Als in Westdeutschland der erste große Schritt zur Erhöhung und Flexibilisierung des Alters für den Übergang in den Ruhestand gemacht worden war, gab es darum so gut wie keine öffentliche Diskussion: Denn an dem Novembertag 1989, an dem der Deutsche Bundestag das entsprechende Gesetz – übrigens fraktionsübergreifend – beschloss wurde am selben Abend die Berliner Mauer geöffnet. Damit gab es wichtigeres zu diskutieren als die 89er Rentenreform, die auch die Rentenformel änderte und damit zu einer Absenkung des Rentenniveaus führte. Später sah das völlig anders aus: Die in der ersten großen Koalition nach der Jahrtausendwende beschlossene schrittweise Erhöhung der Regelaltersgrenze vom vollendeten 65. auf das 67. Lebensjahr war umstritten; ebenso umstritten – zumindest bei den Meinungsführern – ist die in diesem Jahr gesetzlich verankerte abschlagsfreie Rente ab 63 für langjährig Versicherte. Und eine Arbeitsgruppe der Koalition zur weiteren Flexibilisierung der Rente ist noch zu keinem Ergebnis gekommen. Diese vorläufige Ergebnislosigkeit sollte man nicht voreilig kritisieren, denn bessere Regeln für den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand sind nicht einfach zu finden.

Der Rentenzugang ist ein entscheidender Faktor für die soziale Lage im Alter, da nicht gelingende Übergänge zu erheblichen Einkommenseinbußen führen. Daneben gibt es einen zunehmenden Bedarf der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber den Übergang flexibler zu gestalten. Kurzum: Die Gestaltung des Übergangs in den Ruhestand ist eine entscheidende Stellschraube für ein insgesamt „gutes Leben in Deutschland“, wie es auch im Koalitionsvertrag als Ziel formuliert und in den nächsten zwei Jahren ein Projekt der gesamten Bundesregierung ist.

Der Übergang in den Ruhestand ist nicht nur für den Einzelnen wichtig, sondern für die Gesellschaft insgesamt. Denn vor dem Hintergrund des demografischen Wandels,

das heißt einer steigenden Lebenserwartung und wenigen Kindern, sind im Hinblick auf eine zufriedenstellende Versorgung der Menschen im Alter grundsätzlich alle Maßnahmen zu begrüßen, die einen längeren Verbleib der Beschäftigten in einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit real ermöglichen. Und nicht nur in der großen Koalition, auch bei der Rentenversicherung und unter den meisten Wissenschaftlern herrscht Einigkeit, dass mehr individuelle Gestaltungsspielräume beim Übergang in den Ruhestand (Stichwort: Flexi-Rente) nicht zulasten der übrigen Beitragszahler und Rentner gehen sollte. Schließlich sollte die Gestaltung flexibler Übergänge dem Ziel, eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer zu erreichen, zumindest nicht widersprechen. Insofern ist es nicht erstaunlich, dass eine Flexibilisierung des Rentenzugangs nach unten, also vor dem 63. Lebensjahr, in vielen Fällen nicht einfach zu erreichen sein wird.

Wahrscheinlich sind neue Modelle, die zum Beispiel Teilrenten ab dem 60. Lebensjahr ermöglichen sollen (wie es von Gewerkschaften gefordert wird), am einfachsten durch tarifvertragliche Vereinbarungen und Leistungen, aber nicht durch gesetzliche Renten zu erreichen. Denn auf der Ebene einzelner Branchen mag eine Solidarität zwischen Jung und Alt leichter zu verwirklichen sein als auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene. Es ist zu diskutieren, ob es dafür einer gesetzlichen Flankierung bedarf.

Der Hinweis auf einzelne Branchen, zwischen denen gesundheitliche Belastungen ja unterschiedlich verteilt sind (etwa auf dem Bau und in Büros), macht deutlich, dass es beim Übergang in den Ruhestand vor allem auch darauf ankommt, die Ruhestandsphase in guter Gesundheit zu erreichen. Und für den Erhalt der Erwerbsfähigkeit ist nicht gesundheitsbewusstes Verhalten der Einzelnen notwendig sondern auch betriebliche Weiterbildung, die flächendeckende Umsetzung des gesetzlich verpflichtenden Arbeitsschutzes und eine gute medizinische Versorgung.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Anika Rasner
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Prof. Dr. Carsten Schröder

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.